Brigitte Seebacher:

Ein Gesetz und seine Folgen

In diesem Jahr begehen die deutschen Sozialdemokraten ein denkwürdiges Jubiläum. Sie erinnern an ein Gesetz, das Reichskanzler Otto von Bismarck in Szene gesetzt hatte, um der jungen, aufstrebenden Partei den Garaus zu machen. Was von kaum einem Jahrestag in der deutschen oder auch nur der sozialdemokratischen Parteigeschichte gesagt werden kann: Die hundertste Wiederkehr des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" ist für die SPD Anlaß, nicht nur unbefangen, sondern auch stolz zurückzublicken.

Der Meinungsstreit der Historiker entbrennt immer erst um den Kurs, den die SPD nach 1890 eingeschlagen hat. In der Bewertung des „Sozialisten-Gesetzes" und der Art, wie die Partei diese Prüfung bestanden hat, ist sich die Zunft einig – die Ideologen der SED eingeschlossen. Eine Alternative wird nirgendwo gesehen, das Verhalten der Partei, jene Mischung aus scheinbarem Wohlverhalten und tatsächlicher Untergrundarbeit, rundum für richtig gehalten. Als Franz Mehring seine noch heute faszinierende „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" schrieb, hatte er sich längst dem linken Parteiflügel zugewandt; die Epoche des „Sozialisten-Gesetzes" aber schildert auch er mit glühender Begeisterung. Wenn dieses Einvernehmen für die Zeit nach dem Gesetz nicht mehr gilt, stellt sich die Frage nach möglichen Zusammenhängen. Schließlich fängt die Parteigeschichte im Januar 1890, da der Ausnahmezustand faktisch aufgehoben ist, nicht wieder bei Null an. Erkenntnisse und Erfahrungen, die während des zwölfjährigen Kampfes gesammelt wurden, wirkten fort und prägten die Partei gerade in einem Augenblick, als die Weichen neu zu stellen waren. Warum? Wie stand es denn um die SPD, als der langersehnte Tag gekommen war und sie wieder in die Legalität zurückkehrte?

Jene sozialdemokratische Innenwelt, die sich während der Zeit der Verfolgung herausgebildet hatte, sei hier nur stichwortartig in Erinnerung gerufen. Das Ersatzvaterland, das die SPD Anhängern, Mitgliedern und deren Familien bot, war weit mehr gewesen als nur ein organisatorischer Niederschlag der Gesetzesbestimmungen. Sozialdemokrat zu sein – das bedeutete fast eine eigene Lebensform. Schon deshalb konnte es Wandel in den Verhaltensmustern von einem auf den anderen Tag nicht geben. Selbst dann nicht, wenn das Ende des Ausnahmegesetzes Symbol tiefgreifenden Wandels im Reich gewesen wäre. In diesem Fall wäre die gesellschaftliche Barriere gewiß nach und nach durchbrochen worden. Indes, die Verhältnisse, sie waren nicht so. Die tiefe Kluft zwischen dem „offiziellen", dem kaiserlichen Deutschland

und der Arbeiterbewegung blieb bestehen. Ein wirklicher Brückenschlag schien nicht vorstellbar. Geächtet war weiterhin, wer sich in oder für die SPD engagierte, weithin verfemt das gesamte Proletariat. Die Partei hatte weiterhin mit Schikanen und Verbotsdrohungen zu leben. Tatsächlich war die Nichtverlängerung des Gesetzes nicht Ausdruck einer Reformwilligkeit des Reiches gewesen, sondern eher einer Reihe von Zufälligkeiten zu verdanken. Die Einsicht, daß das Mittel der Knebelung offenkundig gescheitert und die SPD stärker statt schwächer geworden war, hatte ein übriges getan. Jedenfalls: Die von der preußischen Armee und den Junkern bestimmte gesellschaftliche Wirklichkeit und die politischen Verhältnisse – für die der Fortbestand des preußischen Dreiklassenwahlrechts nur ein besonders drastisches Beispiel ist – wurden von keinem Wandel erfaßt. Mehr noch: Die Erstarrung nahm zu, je größer die Herausforderung zu werden schien. Allein die Existenz der SPD genügte – bei Kriegsausbruch folgte immerhin ein Drittel aller Deutschen sozialdemokratischen Parolen –, um die herrschende Aristokratie und das mit ihr verbündete Besitzbürgertum in Angst und Schrecken zu versetzen. Ein Blick auf die deutsche Innenpolitik in den Jahren vor und auch während des Krieges gibt darüber traurigen Aufschluß. Im Vergleich mit den Verhältnissen in Frankreich und England tritt gerade in diesem Punkt die deutsche Sonderentwicklung überdeutlich hervor. Dies ist die eine Seite, die es in einer Analyse der Situation von 1890, da die SPD wieder offene Agitation betreiben kann, zu betrachten gilt.

Die Kehrseite betrifft die SPD selbst. Denn dies wird leicht vergessen: Die SPD blieb trotz der prinzipiellen Herausforderung, die sie darstellte, eingebettet in die deutsche Geschichte. Sie war viel abhängiger von der Welt des deutschen Bürgertums, als man gemeinhein glaubt. Das gilt für das politische Verhalten der Führung und für das gesellschaftliche Verhalten der Arbeiterschaft. Die Partei hatte trotz zwölf Jahre währender Ausweisungen und Verhaftungen stetig zugenommen und von Wahl zu Wahl mehr Abgeordnete in den Reichstag entsandt. Der Zusammenhalt und das Zusammengehörigkeitsgefühl waren immer stärker, das Organisationsnetz immer dichter und verzweigter geworden. Der endliche und so lang ersehnte Fall des Gesetzes und der nachfolgende Wahlerfolg vom Februar 1890 mußten die Sozialdemokraten in ihrem Erfolgsgefühl und ihrer Siegeszuversicht nachhaltig bestärken. Ein übermächtiger Gegner schien kapituliert zu haben. Strategie und Taktik – die ja „nur" auf den Fall des Gesetzes und die Wiedergewinnung der Legalität zugeschnitten waren – schienen aufgegangen, die unzähligen Opfer sich gelohnt zu haben. Verzeihlich und verständlich, daß der weitere Aufstieg nun fast für ein Naturereignis gehalten wurde und daß man alles vermeiden wollte, was die wiedererrungene Legalität hätte aufs Spiel setzen können. Auch Friedrich Engels war noch in den neunziger Jahren von der selbstverständli-

chen Erwartung ausgegangen, der Partei werde die Macht im wesentlichen über den Stimmzettel zufallen.
Die gesellschaftliche Außenseiterstellung und die fortdauernde Verweigerung politischer Mitwirkungsmöglichkeiten auf der einen, der Glaube an den unweigerlich kommenden Sieg, den man im Grunde abwarten kann – dies sind Faktoren, die entscheidend dazu beigetragen haben, daß nach dem Fall des Gesetzes die deutsche Sozialdemokratie unbeweglicher wurde und ihr äußerer Glanz in wachsendem Gegensatz zu ihrer tatsächlichen Macht stand. Es machte sich mehr und mehr jener Immobilismus breit, dessen verheerende Wirkungen erst im Burgfrieden des Weltkriegs und im Vorfeld der dann gescheiterten November-Revolution wirklich zum Tragen kommen sollte. Und wenn der historische Faden noch etwas weiter gesponnen werden darf: Wilhelm Hoegner hat in seiner im Exil geschriebenen, erst 1977 veröffentlichen „Flucht vor Hitler" mit der offiziellen Partei und ihrem Verhalten in der Auflösungsphase der Weimarer Republik abgerechnet. Insbesondere hat er ihre Unfähigkeit gegeißelt, sich einmal zu wirklichen Entscheidungen durchzuringen und den nötigen Handlungsspielraum sich – wenn nötig – zu nehmen. Hoegners beißender Kritik ist schwerlich zu widersprechen. Forscht man nach den Ursachen, wird man gewiß nicht in der Weimarer Zeit stehen bleiben dürfen – so stark auch neue Einwirkungen geltend zu machen sind. Nein, man wird immer wieder überrascht sein festzustellen, wie schwer die SPD an ihrer eigenen Geschichte zu tragen hatte. Man wird auf Traditionsketten stoßen, die geknüpft wurden, als sich die Partei einigeln mußte, um überleben zu können. Nur ein Beispiel: Die Disziplin, derer sich Mitgliederschaft und Anhängerschaft unter dem Gesetz befleißigten, hat die deutsche Arbeiterbewegung – auch hierin sehr deutsch – bis auf den heutigen Tag mitgeprägt. Was man auch daran sieht, daß noch heute der Begriff vom Parteisoldaten zum sozialdemokratischen Sprachgebrauch gehört. Diese Disziplin war gewiß eine Bedingung für erfolgreichen Widerstand gewesen. Es kann jedoch nicht zweifelhaft sein, daß ein Zuviel an Disziplin in bestimmten Zeitläufen auch lähmend sein kann, daß sie manchmal auf Kosten von geistiger Regsamkeit und Spontaneität geht und es in besonderen Situationen schwierig macht, eine Spaltung zu vermeiden.
„Was einmal richtig war, muß nicht immer richtig sein", sagt Willy Brandt in seiner Auseinandersetzung mit dem Legalitätsbegriff der eigenen Partei und deutet damit an, daß die Taktik, die unter dem Gesetz eingeschlagen wurde, durchdacht und auf den gegebenen Gegner zugeschnitten war, daß dies aber für die Zeit danach nicht mehr unbedingt zu gelten hat. Wenn diese Schlußfolgerung richtig ist, dann heißt das, daß die eingangs beschriebenen Faktoren es der Partei und ihrer Führung schwer gemacht haben, die Struktur des Reiches und seine Machtmechanismen zu erkennen. Wachsender Realitätsverlust und schwindender Machtwille waren die Folge. Dies steht übrigens

nur scheinbar in Widerspruch zu der Tatsache, daß die Sozialdemokraten dort, wo es möglich war, mitarbeiteten. Denn der Rahmen war viel zu eng gezogen, – die parlamentarischen Verhältnisse im Südwesten waren nicht typisch –, als daß dies der Weg hätte sein können, über den sich eine Integration in Staat und Gesellschaft vollzog. Andererseits hat die Tatsache, daß es überhaupt Mitarbeit, also Berührungspunkte gab, eine totale Ablehnung des Reiches und der bestehenden Gesellschaftsordnung verhindert.
Die SPD ist eine revolutionäre, aber keine Revolution machende Partei, hatte Chefdenker Karl Kautsky erkannt und damit dem Immobilismus die theoretischen Weihen verliehen. Tatsächlich ist das Erfurter Programm von 1891, verabschiedet unmittelbar nach Ablauf des „Sozialisten-Gesetzes" und in Kraft über die Ereignisse von 1918/19 hinaus, in seinen relevanten Teilen nicht mehr und nicht weniger als die Ausformung jener verzwickten Situation, in der sich die SPD befand. Anders wäre seine Widersprüchlichkeit nicht zu verstehen: Es ist die Standortbestimmung einer Partei, die sich der Einflußmöglichkeiten auf die Geschicke der unmittelbaren Zukunft in gewisser Hinsicht selbst begab. In den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg haben die Parteiführung und die große Masse der sozialdemokratischen Parteigänger wirklichen Machtwillen nicht bekundet. In diesen Jahrzehnten haben sich deshalb nicht zufällig in der deutschen Partei auch neue Flügel herausgebildet. Auf der Rechten entwickelte Eduard Bernstein seinen Revisionismus, der die Partei aufs heftigste erschütterte; Georg von Vollmar ging noch weiter und wollte die Partei – jenseits aller grauen Theorie – auf eindeutig reformistischen Kurs bringen. Auf der Linken sah Rosa Luxemburg gewaltige Erschütterungen heraufziehen, auf die sich Partei und Arbeiterschaft vorzubereiten hätten. Es waren also ganz verschiedene Konsequenzen, die hier gezogen wurden. Und dennoch – bei aller Unterschiedlichkeit des theoretischen und des politischen Ansatzes – war ihnen eines gemeinsam: Sie alle wollten handeln, aktiv handeln. So ist es zu erklären, daß in der Massenstreikdebatte von 1906 Bernstein und Rosa Luxemburg gemeinsam gegen die Passivität und die Ängstlichkeit des Parteizentrums opponierten. In dieser Gemeinsamkeit mag übrigens auch ein Grund dafür gesehen werden, daß sich später in der USPD Vertreter beider Flügel haben zusammenfinden können. Als die Revolution dann eine geschlossene, schlagkräftige Partei erfordert hätte, war die beiderseitige Entfremdung jedenfalls so groß, daß ernsthafte Anstrengungen, die Spaltung zu überwinden, gar nicht erst gemacht wurden.
Es kommt nicht von ungefähr, daß eine Betrachtung der augenscheinlichsten Folgen jenes unglückseligen Sondergesetzes im November 1918 ausmündet. Nicht nur in diesem Jahr 1978, da die SPD an 100 Jahre „Sozialisten-Gesetz" und an den 60. Jahrestag der November-„Revolution" erinnert, ist es angezeigt, den Bogen vom „Sozialisten-Gesetz" über die fortlaufende Bewilligung der Kriegskredite bis zum verfehlten Umbruch von 1918 zu schlagen.

Vorwürfe sind Ebert und seinen Freunden leicht gemacht. Es ist nicht schwer begründbar, wann hier eine historische Chance verspielt worden ist. Aber, so muß auch gefragt werden: Wo sollte denn eigentlich jener Machtwille herkommen, ohne den Revolutionen nun mal nicht zum Erfolg führen? Jener Machtwille, der an der Wiege der Weimarer Republik so bitter gefehlt hat und den Bismarcks Sozialisten-Gesetz – insoweit erfolgreicher, als man es 1890 ahnte – nachhaltig gelähmt hatte.

*

Brigitte Seebacher:
31, Referentin des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, studierte Germanistik und Geschichte. Mitglied der SPD seit 1965. 1971 Pressesprecherin der Berliner SPD; 1972 Redakteurin, 1973 bis 1977 Chefredakteurin der „Berliner Stimme".